



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Roesle Frick & Partner Rechtsanwälte und Urkundspersonen, Pfäffikon SZ und Zürich

# AUSLESE

# Adressen H+I Kanton Schwyz

## **H+I-Präsident:**

Ruedi Reichmuth  
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt  
Convisa AG, Unternehmens-,  
Steuer- & Rechtsberatung  
6431 Schwyz  
Tel. 041 819 60 60  
Fax 041 819 60 69  
praesident@h-i-sz.ch  
ruedi.reichmuth@convisa.ch

## **H+I-Geschäftsführer:**

Roman Weber  
lic. iur. Rechtsanwalt  
Anwaltskanzlei Weber  
Gersauerstrasse 7  
Postfach 618  
CH-6440 Brunnen  
Tel. 041 820 34 44  
Fax. 041 820 34 55  
info@h-i-sz.ch

## **Kasse:**

Schwyzner Kantonbank  
Tel. 041 819 41 11  
Fax 041 819 41 27

## **Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:**

Schwyz–Brunnen–Steinen–  
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:  
Roman Weber  
Tel. 041 820 34 44  
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:  
Georges Kaufmann  
Tel. 055 410 11 69  
georg.kaufmann@winterthur.ch

## **Gesamtverantwortung**

für die H+I-Auslese  
(Herausgabe und Redaktion):  
Sekretariat H+I  
Redaktion Teil «SZ»:  
Franz Steinegger, Schwyz  
Tel. 041 819 08 76  
Abschlussredaktion:  
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz  
Tel. 041 811 80 80  
Satz, Druck, Spedition:  
Bruhin AG, druck|media,  
Freienbach  
Tel. 055 415 34 34  
www.bruhin-druck.ch

## **Sekretariat Wirtschafts- wochen:**

Georg Stäheli  
Treuhandbüro  
Kirchstrasse 42  
Postfach  
8807 Freienbach  
Tel. 055 415 78 00  
Fax 055 415 78 01  
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

## **Inhaltsverzeichnis**

### **SZ**

Wirtschaftsmeldungen ..... 5–6

### **Aktuell**

Hüte Dich vor der WEKO! ..... 7–9

Ab 21. März 2012: «Von der KKMU  
Praxis für die KKMU Praxis!» ..... 10

### **Themen**

Das Ende klimapolitischer Illusionen ..... 11

Konjunkturschwäche in der Schweiz ... 12–13

**Index** ..... 14

### **Kommentar zum Zeitgeschehen**

Klein- und Grosskredite ..... 15

## Europäische Schuldenkrise – und kein Ende?



Dr. Peter Hilfiker,  
Vorsitzender der Geschäftsleitung  
und CEO, Schwyzer Kantonalbank

Liebe Leserinnen und Leser

Da die Schweizer Wirtschaft das Krisenjahr 2009 erstaunlich schnell und ohne grösseren Schaden überstanden und im Jahr 2010 von einem eigentlichen Boom mit vollen Auftragsbüchern profitiert hatte, waren die Aussichten auf ein ruhigeres 2011 vielversprechend. In der Tat gab es dafür auch einige ermutigende Anzeichen: Die globale Konjunktur befand sich immer noch auf einem stabilen Wachstumspfad. Nachdem Griechenland im Mai 2010 und Irland im November 2010 unter den Eurorettungsschirm (EFSF) geflüchtet waren, traten die grössten Sorgen der aufflammenden Verschuldungskrise in Europa in den Hintergrund. Vorerst - denn wie sich nachträglich herausstellte, wurde die Verschuldungskrise das dominierende und alles andere verdrängende Thema des Jahres 2011.

Der im Mai 2010 aufgespannte Rettungsschirm musste auf eine Vergabekapazität von EUR 250 Mrd. erhöht werden. Im April 2011 sah sich Portugal als drittes Land gezwungen, unter den Rettungsschirm zu flüchten. Dramatisch gestaltete sich die Situation im Juni 2011, als eine dringend benötigte Kredittranche an Griechenland aufgrund mangelhaft erfüllter Kriterien erst mit Verzögerung ausbezahlt und das Land damit an den Rand des Konkurses gebracht wurde. Zeitgleich einigten sich die Politiker auf eine weitere Erhöhung des

«Rettungsschirms» auf EUR 440 Mrd. Kaum einen Monat später präsentierten die europäischen Politiker mit einem Paukenschlag und sich jagender Gipfeltreffen ein weiteres «Gesamtpaket» zur Lösung der Schuldenkrise: Die Griechenland-Hilfe wurde um satte EUR 109 Mrd. aufgestockt und das «Undenkbare», nämlich ein «freiwilliger» Verzicht privater Investoren in der Höhe von 21% der ausstehenden griechischen Schulden, «vereinbart». Zusätzlich wurde der «Rettungsschirm» flexibler ausgestaltet. Auch dieser Schritt verfehlte die angestrebte Beruhigung und im August 2011 kulminierte die Krise ein weiteres Mal. Erstmals sah sich die Europäische Zentralbank gezwungen, auch spanische und italienische Staatsanleihen am Sekundärmarkt aufzukaufen, um den Druck auf diese beiden Staaten zu vermindern.

Im Zuge der europäischen Schuldenkrise wurde die Schweiz zum Opfer ihres Erfolges: Preisstabilität, geordnete öffentliche Finanzen und die hohe Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen liessen den Franken dermassen erstarren, dass der Konkurrenzdruck aus dem Ausland für Export und Tourismus existenzgefährdend wurde. In einem historischen Schritt legte die Nationalbank eine Wechselkursuntergrenze zum Euro fest, die bis heute gehalten hat. Nachdem die Erweiterung des Rettungsfonds und die im Juli 2011 beschlossenen

Anpassungen Mitte Oktober 2011 von den 17 Eurostaaten ratifiziert wurden, folgte bereits – quasi überlappend – eine weitere Vergrößerung des Schirms mit der Folge, dass Ende Oktober 2011 das nächste «Gesamtpaket» zur Lösung der Finanzkrise präsentiert wurde. Resultat: Massive Erhöhung der Forderungsverzichte privater Gläubiger Griechenlands, Rekapitalisierung systemrelevanter Banken und Ausdehnung des Rettungsschirms auf nun sagenhafte Euro 1 Billion (1 000 000 000 000).

Wie sind all diese Ereignisse und Reaktionen rückblickend zu beurteilen? Es zeigte sich jeweils schnell, dass die anberaumten Schritte zwar in die richtige Richtung zielten, aber zu wenig weit gingen. Das jüngste Massnahmenpaket lässt vorsichtigen Optimismus zu, weil erstmals die wichtigsten Fragen, nämlich Misstrauen unter den Banken, ein allfälliger Konkurs Griechenlands sowie die Ansteckung weiterer Staaten, parallel angegangen werden. Ob diese Massnahmen eine nachhaltige Wirkung zeitigen werden ist allerdings alles andere als sicher. Neben der globalen Konjunkturabkühlung dürften die Entwicklungen rund um die Verschuldungskrise in Europa auch in den nächsten Monaten eines der wichtigsten Themen sein und bleiben.

Aus Schweizer Sicht kann man – ohne in Chauvinismus zu verfallen – sagen, dass unser Weg, die Finanzen auf allen Ebenen unseres Gemeinwesens im Griff zu halten, der richtige Ansatz ist. Die föderalistische, dezentrale Organisation unseres Staatswesens und die Mitsprache des Volkes auch in Sachfragen wirken disziplinierend. Tragen wir diesen Stärken unseres Landes auch in Zukunft Sorge.

Ich wünsche Ihnen allen frohe Festtage und für 2012 Zuversicht, Glück und Erfolg.



Dr. Peter Hilfiker

## **Amt für Arbeit rechnet mit Stagnation der Wirtschaft**

Die Arbeitslosenzahl im Kanton Schwyz ist im November um 82 Personen auf 1134 gestiegen. Das sind fast 300 weniger als ein Jahr zuvor. Vergleichszahlen zeigen einerseits, dass das Jahr 2011 wirtschaftlich erfolgreicher war als das Vorjahr. Hingegen stieg die Arbeitslosenzahl im November überproportional. Laut Prognosen wird sich die Schwyzer Wirtschaft im Gleichschritt mit der Schweizer Wirtschaft abkühlen oder stagnieren, wie Hubert Helbling, Leiter des Schwyzer Amtes für Arbeit, vorrechnete. Gründe sind der starke Franken und die Euro-Unsicherheit. Damit dürften die Arbeitslosenzahlen im kommenden Jahr weiter steigen. Bereits hätten sich einige Schwyzer Firmen über Kurzarbeit informiert, sagte Helbling. Es sei aber noch keine Kurzarbeit angekündigt. Allerdings müsse man im Laufe des Winters wohl mit einigen Entlassungen rechnen. Das gute Wetter im Herbst habe den Tourismus und die Baubranche auf Trab gehalten. Doch für den Wintertourismus zeichnet er ein eher düsteres Bild wegen der Frankenstärke.

## **Regierung macht Vorschläge zur Erneuerung des neuen Finanzausgleichs**

Der Kanton Schwyz leidet unter der rasant steigenden Last des Neuen Finanzausgleichs (NFA). 2012 zahlt der Kanton Schwyz 110,5 Mio. Franken ein, bis 2015 dürfte der Betrag auf über 150 Mio. Franken steigen. Nun soll gehandelt werden. Die Regierung unterbreitet dem Kantonsrat eine Standesinitiative zur Optimierung der Ausgleichstransfers. Es soll beim Ressourcenausgleich angesetzt werden. Der Vorschlag aus Schwyz: Kantone mit unterdurchschnittlichen Ressourcen erhalten über diesen Ausgleich Gelder, die vom Bund und von den zurzeit acht überdurchschnittlich ressourcenstarken Kantonen bezahlt werden. Als Konsequenz würden die fünf schwächsten Kantone (UR, JU, GL, VS, FR) mehr erhalten, Kantone im Mittelfeld (BE, LU, TG, SG, AR, SO, GR, OW, AI) sollen weniger erhalten. Jeder dieser Kantone würde nur noch so viel erhalten, um die 87 Prozent des schweizerischen Durchschnitts zu erreichen. Die acht Geberkantone würden mit dem Schwyzer Vorschlag um total 250 Mio. Franken entlastet, für Schwyz allein würde dies eine Reduktion von 19,1 Mio. Franken bedeuten.

## **Tripple A für Schwyzer Kantonalbank**

Die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) hat die Kreditratings für die Banken angepasst. In der Analyse Anfang November wurde die Kreditwürdigkeit von 15 international tätigen Grossbanken zurückgestuft. Unverändert blieben die Ratings (AAA) und Ausblicke für die Kantonalbanken Aargau, Baselland, Baselstadt, Graubünden, Luzern, Schwyz sowie Zürich. Die Höchstnote verdient die Schwyzer Kantonalbank aufgrund ihrer sehr starken Kapitalbasis, dem tiefen Risikoappetit, der starken Liquidität und der Staatsgarantie der Bank. S&P attestiert der Schwyzer Kantonalbank (SZKB) sowohl auf kurz- als auch auf langfristige Sicht höchste Kreditqualität (Short-Term: A-1+ / Long-Term: AAA) und bewertet sie mit der Zukunftsaussicht «stabil».

## **Victorinox «innovativstes Unternehmen der Schweiz»**

Nach Designerpreisen von nationaler Bedeutung in Japan und Deutschland konnte die Victorinox-Gruppe jetzt den renommierten «Schweizer Innovationspreis zur Förderung der wirtschaftlichen Zukunftschancen» entgegennehmen. Verliehen wird dieser Preis durch die seit 1981 bestehende Schweizerische Gesellschaft für Ideen- und Innovationsmanagement in Zürich. Seit 1985 zeichnet sie besonders innovative Schweizer Unternehmen aus, seit 2002 auch mit dem Titel «Innovativster Unternehmer des Jahres». Zum 30-jährigen Bestehen der Vereinigung haben der Zentralvorstand und die Jury sich für die Preisverleihung an die Victorinox entschieden. Der Preis wurde am 6. Dezember im Auditorium des Technoparks Zürich übergeben. Die Laudatio auf die Victorinox hielt alt Nationalrat Remo Galli, Bern.

## **Anhaltend starker Wohnungsbau**

Das Wohnen in grossen Gemeinden im Kanton Schwyz scheint nach wie vor beliebt zu sein. In den zehn Gemeinden mit über 5000 Einwohnern waren am Ende des dritten Quartals dieses Jahres über 1100 Wohnungen im Bau. Spitzenreiter in dieser Erhebung vom Bundesamt für Statistik ist Einsiedeln mit 308 Wohnungen, gefolgt von Schwyz (150) und Altendorf (134). Über 100 in Bau befindliche Wohnungen verzeichnen Arth (107) und Freienbach (106). Während des dritten Quartals wurde in diesen Gemeinden

zudem für weitere 347 Wohnungen neu die Baubewilligung erteilt.

### **Brauerei Rosengarten kann Produktion verdoppeln**

Die Brauerei Rosengarten AG Einsiedeln hat in den vergangenen Wochen 16 Gär- und Lagertanks mit je 20000 Liter Inhalt installiert. In den letzten Jahren konnte der Absatz der verschiedenen Einsiedler Biere kontinuierlich gesteigert werden. Damit die Nachfrage nach den beliebten Einsiedler Bieren auch in Zukunft gedeckt werden kann, war es nötig, den Gär- und Lagerkeller zu erweitern. Gleichzeitig wird der Automatisierungsgrad der Brau-, Gär-, Lager- und Filtrationsprozesse erhöht und der neuesten Entwicklung angepasst. Die Einsiedler Brauerei ist ein unabhängiger Familienbetrieb. Sie braut momentan zwei Mio. Liter Bier pro Jahr. Durch die neuen Investitionen kann die Produktion verdoppelt werden.

### **Steinel-Gruppe investiert in Einsiedeln**

Die Nachricht von Ende November ist Balsam für den Wirtschaftsstandort Einsiedeln: Die deutsche Steinel-Gruppe will im Klosterdorf expandieren. Der Fokus richtet sich dabei auf den Ausbau der Forschungsabteilung, der Entwicklungsarbeit und der Verwaltungstätigkeiten. Die am Standort Allmeindstrasse belegte Geschossfläche von 9000 Quadratmetern reichen für die Expansion nicht aus. Das zusätzliche Areal ist auf dem Fussballplatz der Steinel AG vorhanden, welches mit der Übernahme der Landis & Gyr in ihren Besitz gekommen ist. Deshalb wird eine Umzonung anvisiert, um Platz für einen Neubau zu schaffen. Ein konkretes Projekt ist noch nicht vorhanden, weil zuerst die raumplanerischen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, ehe das Vorhaben ausgearbeitet wird. Laut einer Meldung des Einsiedler Anzeigers will die Steinel Solutions AG den Standort Einsiedeln innerhalb der Steinel-Gruppe stärken und neue, zeitgemässe Arbeitsplätze schaffen. Sie ist eine Tochtergesellschaft der Steinel-Gruppe mit Hauptsitz im deutschen Herzebrock-Clarholz. Sie beschäftigt in Einsiedeln 112 Mitarbeitende. Sie ist im Bereich Entwicklung elektronischer Schaltungen, Mehrkomponenten Kunststoff-Entwicklung und -Fertigung, Fertigung kompletter Elektronikbaugruppen bis hin zu kompletten Geräten, Klimakontrollsysteme, Gas-Sensorik und Hochfrequenz-Sensoren tätig.

### **Letzter Märchler Textilbetrieb schliesst**

Die Zwirnerei Schnyder & Co. an der Kantonsstrasse in Schübelbach schliesst per Ende März ihre Tore. Die letzten fünf Mitarbeitenden verlieren ihren Job. Bis Ende März wird noch produziert, danach konzentriert sich das Unternehmen auf den Handel mit Garnen. Zum endgültigen Aus beigetragen haben die Finanzkrise und der starke Franken. Anstelle der jetzigen Produktionshalle werden zwei Mehrfamilienhäuser gebaut. Die Zwirnerei Schnyder ist der letzte bedeutende Zeuge einer Epoche. Mit ihr geht ein grosses Kapitel der Märchler Industriegeschichte zu Ende. In der Mittel- und Obermarch entstanden Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zahlreiche Betriebe der Textilindustrie – Zwirnereien und Spinnereien. In Spitzenzeiten fanden Hunderte in diesem Industriezweig Arbeit. Die Textilindustrie prägte zusammen mit der Möbelindustrie in vielen Gemeinden nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das gesellschaftliche und politische Leben.

### **Steigende Verluste bei Charles Vögele**

Der Bekleidungskonzern mit Sitz in Pfäffikon macht derzeit schwierige Zeiten durch. Die Strategie des Unternehmens ist gescheitert, weshalb im September sowohl der operative Leiter wie auch der Verwaltungsratspräsident den Hut nehmen mussten. Für die ersten sechs Monate 2011 hatte die Firma einen Verlust von 62 Mio. Franken ausgewiesen, das operative Minus lag bei 36 Mio. Franken. Nun hat Vögele eine Gewinnwarnung herausgegeben. Das operative Ergebnis des zweiten Semesters werde nochmals deutlich schlechter ausfallen als das erste Halbjahr, kündigte Vögele am 23. November an. Es wird von einem Verlust im «mittleren zweistelligen Millionenbereich» gerechnet. Die Modekette leidet unter dem wirtschaftlichen Umfeld, der Frankenstärke sowie dem unüblich warmen Herbst. Hinzu kommen Logistikprobleme in Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des Verteilzentrums Süd und dessen Einbindung in die Ablauforganisation. Zudem muss die Markenstrategie erneut umgekrempt werden. Sämtliche Kollektionen werden unter der Dachmarke Charles Vögele geführt.

*Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.*

## Hüte Dich vor der WEKO!

**Die schweizerische Wettbewerbskommission «WEKO» hat in letzter Zeit vermehrt überfallmässige Hausdurchsuchungen bei KMUs durchgeführt. Die Folgen für die betroffenen Unternehmen sind gravierend. Die üblichen Verfahrensrechte eines Beschuldigten gelten nicht. Die Revision des Kartellgesetzes schafft keine Abhilfe. Als Unternehmer muss ich vorab vermeiden, überhaupt in eine Untersuchung miteinbezogen zu werden.**

### Hausdurchsuchung

Morgens um sieben Uhr klingelt es an der Türe des Betriebs. Vertreter der schweizerischen Wettbewerbskommission stehen mit Polizei, Betriebsbeamten und IT Spezialisten vor der Türe. Sie präsentieren einen Durchsuchungsbeehl der WEKO und verlangen Einlass. Nichts darf mehr von den Pulten genommen werden, nichts die Räume verlassen. Alles wird durchsucht und teilweise beschlagnahmt, sämtliche Computerdaten werden gespiegelt. So geschehen beispielsweise am 9. Juni 2009 bei zwölf kleineren und grösseren Bauunternehmungen in den Kantonen Zürich und Aargau. Zahlreiche andere Untersuchungen in letzter Zeit wurden gleich eingeleitet, etwa in KMUs der verschiedensten Branchen wie Handel mit Baubeschlägen, Sanitärhandel, Import von Fotoartikeln, Herstellung von Komponenten für Klima- und Heizgeräte usw.

### Publikation und Anprangerung, Umsatzverlust

Gleich am Tag nach der Hausdurchsuchung wird die Hausdurchsuchung und Untersuchungseröffnung mit Medienmitteilung der WEKO und Publikation im SHAB unter Namensnennung der betroffenen Unternehmen öffentlich gemacht und selbstverständlich von der Presse aufgegriffen. Obwohl die beschlagnahmten Akten noch nicht einmal gesichtet sind und obwohl die betroffenen Unternehmen noch gar nicht angehört wurden, werden sie als «Schuldige» wahrgenommen. In der Regel führt dieser Verdacht bereits zu kritischen Rückfragen bei Lieferanten und Kunden und zu Umsatzverlust. Sodann wird ein paar Monate später, wie etwa bei den genannten Bauunternehmungen, die Untersuchung auf weitere Unternehmen ausgedehnt und dies wiederum unter Namensnennung gross publiziert, wobei die bereits früher genannten Unternehmen selbstverständlich noch einmal genannt werden, um die Prangerwirkung aufrechtzuerhalten und zu verstärken. Wenn dann das Sekretariat der WEKO in einem Verfügungsentwurf, wohlgermerkt Entwurf, zum Schluss kommt, es müssten Bussen beantragt werden, wird das wiederum an die grosse Glocke gehängt und mit Pressemitteilung medienwirksam verkündet. Im genannten Fall der Baufirmen wurde mitgeteilt, dass Bussen in der Höhe von CHF 7 Mio. verhängt würden, wobei die grösste Busse CHF 2,3 Mio. betrage. Ob, gegen wen und in

welcher Höhe solche Bussen verfügt werden, ist aber nach wie vor offen, weil noch gar keine Stellungnahme der Betroffenen vorliegt, geschweige denn eine Verfügung oder ein rechtskräftiger Entscheid ergangen ist. Zu erwarten ist, dass die Verfügung bzw. ein Gerichtsentscheid wesentlich anders ausfallen wird als vom Sekretariat im Entwurf vorgesehen und in den Medien verbreitet.

### Strafverfahren ohne Verteidigungsrechte

Bei Kartellrechtsuntersuchungen haben die betroffenen Unternehmen schon vom Gesetz her praktisch keine Verteidigungsrechte. Obwohl materiell klar ein Strafverfahren durchgeführt wird, sollen die strafprozessualen und von der EMRK garantierten Minimalrechte der Beschuldigten im Kartellverfahren nicht gelten. So darf ein Beschuldigter z.B. nicht einfach schweigen, sondern ist unter gesonderter Bussenandrohung verpflichtet, an der Untersuchung mitzuwirken, Dokumente auszuhändigen, Fragen zu beantworten usw. Dazu kommt, dass die WEKO in ihrer Praxis das Prinzip der Waffengleichheit missachtet, indem sie etwa das Akteneinsichtsrecht in verfassungswidriger Weise erschwert oder unrealistisch kurze Fristen ansetzt, um zu ganzen Bergen von Verfahrensakten Stellung zu nehmen. Zudem berücksichtigt sie - ob mit Absicht oder aus Nachlässigkeit sei dahingestellt - oft nur belastende Aktenstücke nicht aber entlastende. Sie verletzt damit ihre gesetzliche

Pflicht, belastendem und entlastendem Material in gleicher Weise nachzugehen.

### **Riesiger Aufwand der WEKO**

Bei einer Untersuchung betreibt die WEKO in jüngster Zeit einen gigantischen Verfahrensaufwand. Ein Heer von unerfahrenen und branchenfremden Juristen und Ökonomen ackert sich durch riesige Aktenberge, in der Hoffnung, irgendwo auf Beweismaterial zu stossen. Beim Fall «Komponenten für Heiz- und Kühlanlagen» betrogen die ausgewiesenen Verfahrenskosten trotz einvernehmlicher Regelung CHF 161 000, wohlgemerkt bei einem Bussenbetrag von CHF 170 000. Im Fall «Elektroinstallationsbetriebe» betrogen die Verfahrenskosten CHF 486 000, wiederum bei einvernehmlicher Regelung, während Bussen zwischen CHF 29 000 und 395 000 ausgesprochen wurden. Beim Fall «Baubeschläge» wurden gar CHF 718'000 an Verfahrenskosten in Rechnung gestellt. In den genannten Fällen waren jeweils zwischen drei und acht Unternehmen beschuldigt. Im noch hängigen Verfahren gegen die Bauunternehmen sind 29 Unternehmen als Beschuldigte involviert, davon 13 im Verfahren Kanton Aargau und 16 im Verfahren Kanton Zürich. Es ist davon auszugehen, dass in diesen mittlerweile zweieinhalb Jahre dauernden Untersuchungen Verfahrenskosten in Millionenhöhe verursacht werden.

### **Riesiger Aufwand bei den Betroffenen**

Der Aufwand bei den betroffenen Unternehmen ist natürlich entsprechend gross. Sie müssen Daten zusammentragen und einreichen, Fragebogen beantworten, nach Bern zu Einvernahmen erscheinen usw. Auch der Aufwand für die Rechtsvertretung ist beträchtlich. So haben sich etwa im Verfahren gegen die Bauunternehmungen im Kanton Aargau mittlerweile an die 6 000 Seiten Akten angehäuften, welche in verschiedener Hinsicht überprüft und teilweise in Bern eingesehen werden müssen. Zudem wurde vom Sekretariat der WEKO ein nahezu 200-seitiger Verfügungsentwurf mit Abhandlung von über 100 einzelnen Bauprojekten und unzähligen Verweisen auf Aktenstellen produziert, zu welchem jedes der betroffenen Unternehmen Stellung nehmen musste. Anschliessend fanden «Parteianhörungen» in Bern statt, welche eher inquisitorischen Verhören gleichkamen, natürlich wieder mit mehreren hundert Seiten Protokollen, welche durchgesehen und berichtet werden mussten.

### **Keine Parteientschädigung**

Erhärten sich die Verdachtsmomente bei einer Untersuchung der WEKO nicht, so muss die WEKO die Untersuchung gegen die betroffene Unternehmung einstellen. Im Gegensatz zu einem formellen Strafverfahren, wo ein zu Unrecht Angeeschuldigter für seinen Aufwand und in der Regel auch für die erlittene Unbill mit einer Genugtuung

entschädigt wird, erhält das betroffene Unternehmen bei ungerechtfertigter Kartelluntersuchung trotz Riesenaufwand keine Entschädigung, weder für den ausgewiesenen Aufwand noch für die Einbussen aufgrund der negativen Publizität. Begründet wird das wiederum damit, dass es sich eben um ein Verwaltungs- und nicht um ein Strafverfahren handle. An der Begründung scheint niemanden zu stören, dass in diesem «Verwaltungsverfahren» ein viel grösserer Aufwand zu betreiben ist und viel höhere Bussen ausgesprochen werden als in einem formellen Strafverfahren.

### **Die WEKO ist Ankläger und Richter zugleich**

Im Strafverfahren ist als elementares Verfahrensrecht selbstverständlich, dass der Beschuldigte Anspruch auf einen unbefangenen und unabhängigen Richter hat. Dies hat in jedem Rechtsstaat zur strikten Trennung von Untersuchungsbehörde («Staatsanwaltschaft») und urteilender Behörde («Richter») geführt. Nicht so im Kartellverfahren. Die WEKO ist Untersuchungsbehörde und urteilende Behörde in einem. Dass bei dieser Konstellation eine unvoreingenommene Würdigung der Tatsachen durch die urteilende Behörde unmöglich ist, insbesondere nach einer aufwändigen Untersuchung, ist offensichtlich.



### **Kaum Besserung mit Kartellrechtsrevision**

Als zentrales Element der vorgesehenen Kartellrechtsrevision schlägt der Bundesrat vor, in Zukunft horizontale und bestimmte vertikale Abreden über Preise, Gebiete etc. zu verbieten und unter Busse zu stellen. Neu und verschärft daran ist, dass die betroffenen Unternehmen vom Gegenbeweis ausgeschlossen werden, dass trotz der Abrede keine erhebliche Wettbewerbsbehinderung besteht. Die «Motion Schweiger» will sodann im Gesetz festschreiben, dass diejenigen Unternehmen, welche ein kartellrechtliches Compliance-Programm unterhalten, in Zukunft milder bestraft werden. In Zukunft soll auch nicht mehr die WEKO selbst, sondern ein Gericht die Entscheide fällen. Bedenkt man aber, dass das Bundesverwaltungsgericht als Rechtsmittelinstanz bei WEKO-Entscheiden sich jeweils bei deren Überprüfung grosse Zurückhaltung auferlegte mit dem Hinweis, für ökonomische Fragen habe die WEKO mehr Sachkompetenz, so ist fraglich, ob das «unabhängige Gericht» dann tatsächlich losgelöst von der «Sachkompetenz» der WEKO so unabhängig sein wird und damit eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes erreicht wird. Eine Beseitigung der offensichtlichen Verfahrensmängel ist nicht Gegenstand der Revisionsbemühungen.

### **Fazit: Hüte Dich vor der WEKO!**

Angesichts der negativen Publizität und des riesigen Aufwandes bei Einbezug in ein Verfahren sowie des unfairen Verfahrens der WEKO an sich, sind allein schon die kartellverfahrensrechtlichen Risiken gerade für KMUs existentieller Natur. Dazu kommt das Risiko, bei tatsächlichem Verstoss mit Millionenbeträgen gebüsst zu werden. Nachdem die WEKO in jüngerer Vergangenheit verschiedentlich Verfahren auch gegen KMUs und nicht nur gegen die «big players» eröffnete, beginnen sich diese Risiken zu verwirklichen. Der Aufwand hingegen für risikominimierende Massnahmen ist im Vergleich zum Aufwand bei einer Verfahrenseröffnung nahezu vernachlässigbar. Mit relativ geringem Aufwand können schon Massnahmen wie klare Weisungen und Reglemente, allenfalls verbunden mit internen Kurzseminaren, eine deutliche Risikoverminderung bringen. Als Beispiel zu nennen wäre etwa eine Weisung, dass Kontakte zu Wettbewerbern verboten bzw. nur ausnahmsweise und mit Genehmigung des Vorgesetzten und unter Protokollierung des (erlaubten) Informationsaustausches erlaubt sind. Ähnlich sollte in vertikalen Verhältnissen jeweils – abgesehen von der kartellrechtlich einwandfreien Vertragsgestaltung – darauf geachtet werden, dass Besprechungsinhalte etc. protokolliert und z.B. das Thema Wiederverkaufspreise gar nicht erst aufkommt. Natürlich gehört auch dazu, dass die Einhaltung dieser Weisungen in geeigneter Weise kontrolliert und Verstösse sanktioniert werden.

### **Mildere Bestrafung mit Compliance-Programm**

Der Grundsatz, dass ein Unternehmen, welches ein kartellrechtliches Compliance-Programm hat, milder bestraft wird, ist auch heute schon in der Lehre anerkannt. Die WEKO hatte bisher noch keine Gelegenheit, diesen Grundsatz in einem Entscheid ausdrücklich anzuwenden, weil keines der gebüssten Unternehmen ein solches Programm vorweisen konnte. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die WEKO geneigt ist, den Grundsatz anzuwenden, unabhängig davon ob er gemäss «Motion Schweiger» im Gesetz festgeschrieben wird oder nicht. Nicht zu unterschätzen ist auch die tatsächliche Wirkung eines solchen Compliance-Programms. Sind die Mitarbeiter kartellrechtlich sensibilisiert und sich der Risiken bewusst, werden sie sich eher konform verhalten.

### **Dr.iur. Thomas Stäheli LL.M., Rechtsanwalt**

*(Roesle Frick & Partner, Pfäffikon SZ und Zürich)*

## **Ab 21. März 2012: «Von der KKMU Praxis für die KKMU Praxis!»**

**Die Unternehmerlehrgänge und -seminare der Wyrsch Unternehmerschule AG finden seit Jahren in Zusammenarbeit mit der Schwyzer Kantonalbank statt und richten sich an Entscheidungsträger von KKMU (Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen), Gewerbetreibende, angehende Unternehmerinnen und Unternehmer sowie an Führungs- und Nachwuchskräfte, die in der Praxis zielsicher weiter kommen wollen.**

Mit dem einjährigen Lehrgang **«Unternehmerschule KMU/Gewerbe»** eignen Sie sich innert kurzer Zeit wirksames Wissen mit hohem KKMU Praxisbezug an. Sie trainieren und erweitern praxisorientiert Ihr unternehmerisches Wissen, Denken und Handeln! Die wichtigsten Themen aus der **ganzheitlichen Unternehmensführung** werden anhand einer Echtfirma praxisbezogen behandelt. **Der Lehrgang ist hausaufgaben- und prüfungsfrei. Am Ende der 51 Abende besitzen Sie ein dreiteiliges Führungshandbuch als Nachschlagewerk für die Praxis.**

Der nächste Lehrgang «Unternehmerschule KMU/Gewerbe» findet in der Pädagogischen Hochschule Goldau statt. Er beginnt am 21. März 2012. Am Informationsabend vom 17. Januar 2012 können sich Interessierte von 18h bis 20h bei der Schwyzer Kantonalbank in Schwyz informieren.



Beat Bachmann, Geschäftsführer Otmarsan AG Kurhaus St. Otmar, Weggis:

*«Das praxisorientierte, dreiteilige Führungshandbuch benutze ich weiterhin regelmässig.»*

Haben wir Ihre Neugier geweckt? Dann besuchen Sie uns auf **[www.unternehmerschule.ch](http://www.unternehmerschule.ch)**.

Selbstverständlich steht Ihnen auch unser Team unter Telefon **055 420 30 60** persönlich Red und Antwort.

## Das Ende klimapolitischer Illusionen

Kürzlich tagte in Durban, Südafrika, die jährliche UN-Klimakonferenz, deren Teilnehmerkreis seit sieben Jahren um die Mitglieder des Kyoto-Protokolls ergänzt ist. Das Zusatzprotokoll zur UN-Klimarahmenkonvention bezweckt die verbindliche Reduktion von Treibhausgasemissionen in den Industrieländern und wurde 1997 in Kyoto, Japan, beschlossen. Das internationale Abkommen ist 2005 in Kraft getreten und läuft 2012 aus. Hauptziel von Durban – wie auch schon von Kopenhagen 2009 und Cancún 2010 – ist festzulegen, wie es mit dem Kyoto-Protokoll weitergehen soll. Allerdings scheint dessen Zukunft angesichts der Differenzen innerhalb der «internationalen Gemeinschaft» mehr als ungewiss.

Im Kyoto-Protokoll wird der Grundsatz der «gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung» verankert, der den rund 40 Industrieländern eine Führungsrolle im Kampf gegen Treibhausgase zuteilt und von ihnen genau definierte Reduktionen verlangt, während es für die Entwicklungsländer keine verbindlichen Vorgaben macht. Was vor 15 Jahren nicht vorausgesehen wurde: Die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Entwicklungs- und Schwellenländer haben während der letzten Jahre dermassen stark zugenommen, dass beispielsweise China heute weltweit am meisten CO<sub>2</sub> produziert.

Man braucht nicht hellseherisch begabt zu sein, um die wirtschaftlichen Forderungen und Begehrlichkeiten, die diese differenzierte Verantwortung weckt, zu erraten: Die Entwicklungsländer wollen das System, das ihnen wichtige Wettbewerbsvorteile einräumt, beibehalten, während die von der Finanzkrise betroffenen Industrieländer sich weigern, in Zukunft sämtliche Anstrengungen alleine zu unternehmen, insbesondere auch deshalb, weil die Kosten für die Massnahmen im Vergleich zum weltweiten Reduktionserfolg unverhältnismässig hoch sind.

Bemerkenswert ist, dass die offizielle Position der Schweiz, die sich bisher als Musterschülerin aufspielte, neu viel realistischer ist. Die Medienmitteilung des Bundesrats vom vergangenen 16. November hält fest: «Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien tragen mit ihrem grossen Wirtschaftswachstum zunehmend zum Treibhausgasausstoss bei. Viele Länder sind nicht mehr bereit, ihre Kyoto-Verpflichtungen unverändert weiterzuführen, wenn sich nicht auch die Schwellenländer zu Reduktionen verpflichten.» Damit gibt die Schweiz erfreulicherweise ihren allein auf weiter Flur vertretenen Utopismus auf und nähert sich der Realpolitik ihrer Nachbarländer an.

Noch muss diese vernünftige Optik Eingang in unsere Gesetzgebung finden, insbesondere ins neue CO<sub>2</sub>-Gesetz, über das die eidgenössischen Räte abstimmen werden. Bisher haben die Parlamentarier die darin enthaltenen Klippen mehr oder weniger elegant umschifft, um nicht zu riskieren, dass das Referendum ergriffen wird. Nichtsdestotrotz wünscht man sich klare Positionen, in erster Linie bezüglich des Handels mit Emissionsrechten – ein Grundsatz, der im Entwurf vorgesehen ist, von Umweltschützern jedoch immer wieder bekämpft wird. Dabei besteht Einigkeit darin, dass es sich beim Emissionshandel um eines der nützlichsten Instrumente des Kyoto-Protokolls handelt. Namentlich deshalb, weil er die Emissionen global betrachtet und damit verhindert, dass gewisse Industrien wegen ihres CO<sub>2</sub>-Ausstosses in andere, weniger entwickelte Länder verlagert werden. Dieses Instrument muss daher unbedingt beibehalten werden – auch in der Schweiz.

Bezüglich der Reduktionen, die erreicht werden sollen – ein weiterer zentraler Punkt des neuen CO<sub>2</sub>-Gesetzes – muss man sich bewusst sein, dass die Zeit des Übereifers vorbei ist. Die Schweiz muss ihre Klimaziele im Rahmen ihrer reellen Möglichkeiten frei festlegen können, ohne international heraufbeschworene Kontingente, die nur sie allein einhält.

*(Centre Patronal)*

## Konjunkturschwäche in der Schweiz

### Internationale Konjunktur

Die internationale Konjunktur präsentiert sich gegen Ende 2011 in fragiler Verfassung. Vor allem in Europa schlägt die Verunsicherung an den Finanzmärkten über die Bewältigung der Staatsschuldenkrise zunehmend negativ auf die Konjunktur durch. Dies, weil immer mehr Euro-Länder notgedrungen eine betont restriktive Finanzpolitik (Steuererhöhungen bzw. Ausgabenkürzungen) verfolgen und ausserdem das gesunkene Wirtschaftsvertrauen die private Investitions- und Konsumnachfrage dämpfen könnte. Vor diesem Hintergrund dürfte die Wirtschaftsentwicklung im gesamten Euroraum für einige Quartale sehr schwach verlaufen, was auch eine leichte Rezession bedeuten könnte. Für die weitere Entwicklung der Schuldenkrise geht die Expertengruppe davon aus, dass eine unkontrollierte Ausbreitung vermieden werden kann und sich die angespannte Situation an den Finanzmärkten im nächsten Jahr allmählich beruhigt. Unter dieser Voraussetzung sollte sich die Wirtschaft im Euroraum langsam wieder erholen.

Vergleichsweise weniger schwach als in der EU, wenn auch nicht rosig, ist die Wirtschaftslage in anderen Weltregionen. So konnte die stotternde Konjunktur in den USA nach der Jahresmitte wieder Tritt fassen, während sich die japanische Wirtschaft erwartungsgemäss von der Natur- und Atomkatastrophe des Frühjahrs 2011 erholt. Die Schwellenländer erscheinen – trotz unverkennbarer Abkühlung – relativ robust und dürften weiterhin eine positive Rolle für die Weltwirtschaft spielen.

Aber auch wenn die Beruhigung der aktuellen Krise gelingt, werden die zugrundeliegenden strukturellen Probleme für die Weltwirtschaft noch lange nachwirken. So könnte die notwendige Rückführung der hohen (staatlichen und privaten) Verschuldung in vielen Industrieländern die wirtschaftliche Wachstumsdynamik über Jahre hinweg belasten.

### Konjunkturprognose Schweiz

In der Schweiz hat sich die bis Mitte Jahr noch solide Konjunktur im Herbst deutlich abgekühlt. Dass die Wirtschaft im 3. Quartal überhaupt noch ein bescheidenes Wachstum verzeichnete (+0,2% zum Vorquartal), war in erster Linie den anhaltend positiven Impulsen von den Binnensektoren, insbesondere der Bauwirtschaft, zu verdanken. Dagegen hinterlässt die ungünstige Kombination aus schwächerer Weltkonjunktur und des immer noch hoch bewerteten Frankens unübersehbare Bremsspuren bei den Exporten und den Ausrüstungsinves-

tionen der Unternehmen. Die Wechselkursuntergrenze der SNB hat die Währungssituation für die Unternehmen zwar stabilisiert und dadurch leicht entschärft. Allerdings ist der Franken auch beim gegenwärtigen Kursniveau (rund 1,23 CHF/EUR) noch sehr hoch bewertet und drückt auf die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Unternehmen.

Vor dem Hintergrund der bis zuletzt weiter verschlechterten Stimmungsindikatoren zeichnet sich für den kurzfristigen Ausblick (Winter 2011/2012) eine sehr schwache – allenfalls für einzelne Quartale sogar leicht schrumpfende – Wirtschaftsentwicklung ab. Die Indikatoren weisen aber nicht auf einen krisenhaften Konjunkturunbruch wie Ende 2008 nach der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers hin.

Aufgrund der schlechteren Konjunkturlage in der EU und den entsprechenden Wirkungen auf den Schweizer Exportsektor erachtet es die Expertengruppe als wahrscheinlich, dass die Konjunkturdelle in der Schweiz etwas ausgeprägter ausfällt als in der letzten Prognose (September 2011) erwartet. Die BIP-Wachstumsprognose für 2012 wird leicht auf 0,5% (bisher 0,9%) gesenkt. Die grundsätzliche Einschätzung der September-Prognose wird jedoch beibehalten und geht nicht von einem starken Einbruch aus. Ab dem zweiten Halbjahr 2012 sollte die Wirtschaft langsam wieder Fahrt aufnehmen. Entsprechend dürfte sich das BIP-Wachstum 2013 auf 1,9% beschleunigen.

Zur positiven Konjunkturwende dürften sowohl die Exporte als auch die solide inländische Nachfrage beitragen. Mit anziehender Konjunktur auf den Auslandsmärkten ist davon auszugehen, dass die Schweizer Exporte wieder zulegen werden, selbst wenn ein hoch bleibender Frankenkurs die Verbesserung etwas bremsen könnte. Anhaltend positive Impulse sind von den Bauinvestitionen zu erwarten. Zwar dürften diese angesichts der mittlerweile erreichten Rekordstände ihren Wachstumsgipfel überschritten haben, doch wird vor allem der Wohnungsbau weiter durch die tiefen Zinsen und die wachsende Bevölkerung gestützt. Beim privaten Konsum dürfte positiv zu Buche schlagen, dass die tieferen Inflationsraten die Realeinkommen der privaten Haushalte stärken.

Am Arbeitsmarkt zeigten sich im Herbst 2011 erste Anzeichen für eine negative konjunkturbedingte Wende. Im Oktober und im November nahm die Arbeitslosigkeit (auf saisonbereinigter Basis) erstmals seit zwei Jahren wieder leicht zu. Eine rapide Verschlechterung zeichnet sich aber bislang nicht ab: Verschiedene vorlaufende Arbeitsmarktindikatoren deuten für die nähere Zukunft auf ein nachlassendes Beschäftigungswachstum, nicht aber einen unmittelbar bevorstehenden Rückgang hin. Im Verlauf von 2012 dürften sich die Schwächetendenzen am Arbeitsmarkt weiter verstärken. Die Expertengruppe geht davon aus, dass die (saisonbereinigte) Arbeitslosenquote von derzeit 3,0% im nächsten Jahr kontinuierlich bis auf einen Höchststand von 3,9% Ende 2012 steigen wird, ehe sie im Verlauf von 2013 allmählich wieder sinken dürfte. Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies Arbeitslosenquoten von 3,1% für 2011, 3,6% für 2012 sowie 3,7% für 2013.

### Konjunkturrisiken

Die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der europäischen Schuldenkrise stellen eindeutig das grösste Konjunkturrisiko dar. Zentrale Voraussetzung für einen glimpflichen Konjunkturverlauf (international wie in der Schweiz) ist, dass es nicht zu einer grossflächigen internationalen Bankenkrise kommt. Denn dies hätte potenziell gravierende Auswirkungen auf die Realwirtschaft (z.B. durch eine ausgeprägte Kreditverknappung für Unternehmen). Die hohe Nervosität an den Finanzmärkten ist ein Beleg, dass bezüglich des Risikos einer unkontrollierten Ausweitung der Krise noch keine Entwarnung gegeben werden kann.

Umgekehrt dürfte sich eine nachhaltige Vertrauensberuhigung an den Finanzmärkten deutlich positiv auswirken. Zum einen würde die Schweizer Wirtschaft von der damit verbundenen Aufhellung der Konjunkturaussichten im Euroraum profitieren. Zum anderen könnte es zu einer Tieferbewertung des Frankens kommen (wegen nachlassender Safe-Haven-Effekte), was dazu beitragen würde, die schwierige Wechselkurssituation für die Schweizer Unternehmen zu entspannen.

Die Expertengruppe des Bundes für die Konjunkturprognosen publiziert viermal pro Jahr eine Prognose der konjunkturellen Entwicklung in der Schweiz.

(SECO)

## Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

### Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2009</b>	101,4	100,8	100,3	100,1	99,9	99,8	99,8	99,9	100,1	99,6	99,6	99,7
<b>2010</b>	100,1	99,8	100,3	100,9	101,2	100,8	100,3	100,4	100,4	99,9	99,7	100,0
<b>2011</b>	100,1	100,3	100,7	101,0	100,8	100,3	99,7	98,5	98,4	98,1	97,3	
<sup>1</sup>	-0,1%	+0,5 %	+0,4 %	+0,1 %	-0,4	-0,5	-0,6	-1,9	-2,0	-1,8	-2,4	

### Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2009</b>	101,7	101,0	100,6	100,6	100,3	100,3	100,1	100,1	100,2	99,8	99,7	99,9
<b>2010</b>	100,2	100,0	100,3	100,8	101,0	100,5	100,1	100,3	100,3	100,1	99,7	100,0
<b>2011</b>	100,1	100,0	100,2	100,3	99,9	99,7	99,3	98,5	98,4	98,3	97,5	

### Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2009</b>	100,9	100,5	99,7	99,2	98,9	99,0	99,2	99,5	99,8	99,4	99,5	99,5
<b>2010</b>	99,8	99,6	100,3	101,0	101,7	101,2	100,6	100,7	100,4	99,5	99,7	100,0
<b>2011</b>	100,0	100,9	101,9	102,5	102,8	101,6	100,5	98,5	98,2	97,7	96,9	

## Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

### Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2009</b>	98,4	98,6	98,3	99,1	99,3	99,5	98,8	98,9	98,9	99,5	99,7	99,5
<b>2010</b>	99,4	99,5	99,7	100,5	100,4	100,0	99,2	99,2	99,2	99,7	100,0	100,0
<b>2011</b>	99,6	100,0	100,7	100,8	100,8	100,5	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4	
<sup>1</sup>	+0,3	+0,5	+1,0	+0,3	+0,4	+0,6	+0,5	+0,2	+0,5	-0,1	-0,5	

2008 <sup>2</sup>	2009 <sup>2</sup>	2010 <sup>2</sup>	2011						
			Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.

### Monatsindex (Dezember 2010 = 100)

		2008 <sup>2</sup>	2009 <sup>2</sup>	2010 <sup>2</sup>	2011	2011	2011	2011	2011	2011	2011
		99,5	99,0	99,7	100,8	100,5	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4
<b>Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen</b>	<b>Totalindex</b>	103	102,8	101,6	99,4	99,8	99,0	98,5	97,5	97,1	96,0
	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	95,6	98,2	99,4	101,5	101,5	101,5	101,8	97,5	101,4	101,7
	Alkoholische Getränke und Tabak	90	92,1	93,2	101,3	99,4	87,3	85,7	93,9	96,4	96,5
	Bekleidung und Schuhe	98	96,9	99,3	101,7	101,6	101,3	101,1	101,5	101,7	102,3
	Wohnen und Energie	99,7	100,5	100,1	99,5	98,8	98,2	97,9	98,9	98,0	98,3
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	100,3	100,7	100,4	100,4	100,4	100,4	100,2	100,1	100,1	100,1
	Gesundheitspflege	100,4	97,1	99,4	102,8	101,8	100,9	100,5	100,4	99,3	97,4
	Verkehr	106,7	101,5	100,0	99,5	99,6	99,5	100,7	100,7	100,4	100,3
	Nachrichtenübermittlung	103,3	102,7	100,5	98,2	97,9	97,5	96,5	96,6	96,2	96
	Freizeit und Kultur	96,3	97,8	98,9	100	100	100	100	100,7	100,7	100,7
	Erziehung und Unterricht	97,6	99,2	100,1	101,6	101,7	101,6	101,6	101,4	101,3	101,2
	Restaurants und Hotels	98,4	98,9	100,2	100,4	100,3	100,4	100,8	100,3	100,0	100,0
Sonstige Waren und Dienstleistungen	98,0	99,2	99,8	100,6	100,6	100,5	100,4	100,3	100,2	100,2	
<b>Nach Herkunft und Art</b>	Inlandgüter	103,4	98,6	99,4	101,3	100,3	97,6	96,6	97,9	97,9	97,4
	Auslandgüter	101,9	99,1	99,8	100,9	100,3	98,4	97,7	98,4	98,2	97,7
	Waren	97,8	99,0	99,7	100,7	100,7	100,6	100,6	100,6	100,6	100,7
	Dienstleistungen										

<sup>1</sup> Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

<sup>2</sup> Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

### Klein- und Grosskredite

Gemäss den Medien scheint sich der Bund neustens mit der Reklame für Kleinkredite zu beschäftigen. Bundespolitiker, «Experten» und Exponenten von Sozialverbänden nehmen dazu dezidiert Stellung. Sie weisen auf die Gefahren generell, aber vor allem bei Jugendlichen hin, dass Leute, wenn sie zu leicht zu Krediten kommen, die ihre Einnahmen der nächsten Jahre übersteigen, sich einen Lebensstil mit Luxus aneignen, den sie gar nicht finanzieren können. Jugendliche laufen mit künstlich zerrissenen Designerjeans herum, die sie für mehrere hundert Franken gekauft haben, anstatt mit Jeans, gekauft für weniger als hundert Franken, abgerieben durch Arbeit. Familien kaufen Autos oder machen Ferien auf Pump, die sie sich mit ihrem Einkommen gar nicht leisten können. Aus der Sicht der Politik ist klar – diese muss gesetzgeberisch eingreifen, die Reklamen verbieten, mit öffentlichen Mitteln Ämter schaffen, die dies kontrollieren und Beratungsstellen für Betroffene eröffnen etc. etc.

Angesichts der seit 3 Jahren anhaltenden Schuldenkrisen in der Weltwirtschaft, sowohl die Subprime-Krise wie die aktuelle Staatsschulden-Krise wurde ausgelöst von unverständlichem Fehlverhalten von Regierungen, muss man sich natürlich schon fragen, ob es für die Gesellschaft nicht besser wäre, wenn die erwähnten «Experten» ihre Energie zuerst auf ihre Hausaufgaben konzentrieren würden. Denn geht es um Staatsausgaben, heute vielfach mit Krediten, die irgendeinmal in der Zukunft bezahlt werden müssen, gibt es kein Halten. Von Ankurbelung der Wirtschaft bis Unterstützung von Randständigen, die sich weigern am Arbeitsprozess teilzunehmen oder sich illegal in der Schweiz aufhalten, geht die Liste der Ausgaben. Die aktuelle Schuldenkrise der westlichen Welt scheint kein «Lehrplätz» zu sein. Diese Krise, die die Welt in eine der schwierigsten Situationen der letzten 80 Jahre geführt hat, wurde nicht von «Kleinkrediten» ausgelöst, sondern von Staatsausgaben, die auf Pump getätigt wurden. Dabei wurden diese Ausgaben nicht für Investitionen verwendet, sondern für den Konsum oder für die Bezahlung eines Überflusses von Beamten. Aber man musste dies tun, denn man wollte als spendable Politiker bei den nächsten Wahlen wieder gewählt werden. Aber das Geld ist heute weg, Gegenwert gibt es kaum, die Schulden bleiben und werden irgendeinmal in Zukunft auf die eine oder andere Art von den nächsten Generationen bezahlt werden müssen.

Man kann natürlich argumentieren, dass es eine Schuldenkrise ähnlich jener in der EU oder in den USA in der Schweiz nicht gibt. Gottlob haben wir eine Schuldenbremse; aber an der wird immer wieder gerüttelt. Und wenn dies nicht erfolgreich geschieht, sucht man, um das Image des spendablen, netten Onkels zu erhalten, neue Finanzierungsquellen zu erschliessen, z.B. indem Vermögen von sparsamen Bürgern (Definition: sparen = weniger ausgeben als einnehmen, nicht = weniger Schulden machen), die schon mehrfach vom Staat bei den Einnahmen besteuert worden sind, nun plötzlich bei der Erbschaft wiederum besteuert werden sollen. Verrückte Welt!

Werner Steinegger

## 7. Offizielle Tischmesse Schwyz 2012 des Technologiezentrums Schwyz

Das Technologiezentrum Schwyz führt am Donnerstag, 12. Januar 2012 im MythenForum in Schwyz in Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und den Wirtschaftsverbänden KSGV und H+I die siebte offizielle Tischmesse durch. In der Zeit von 10.00 bis 16.00 Uhr präsentieren die Aussteller ihre Business-to-Business-Angebote.

Die Anmeldefrist ist abgelaufen.

Technologiezentrum Schwyz,  
Frauholzstr. 9b, 6422 Steinen

Diese Ausgabe wird gesponsert von  
**ROESLE FRICK & PARTNER**  
Rechtsanwälte und Urkundspersonen  
Zürich und Pfäffikon/SZ  
[www.rfplegal.ch](http://www.rfplegal.ch)

Nr.	Datum	Sponsor			
424	24.02.2011	PPS Polyvalent PatentService AG, Bahnhofstrasse 12, 6403 Küssnacht am Rigi		431	27.10.2011 Mächler AG, Sandstrahl-, Metallspritz- und Einbrennlackierwerk, Zürcherstrasse 106, 8852 Altendorf
425	29.03.2011	Beat Föhn AG, Plattenbeläge Gätzlistrasse 2, 6440 Brunnen		432	24.11.2011 A. Betschart's Söhne AG, Transport und Heizöl, Schwyzerstrasse 19, 6440 Brunnen
426	28.04.2011	Arthur Weber AG, Wintersried 7, 6423 Seewen	<b>433</b>	<b>15.12.2011</b>	<b>ROESLE FRICK &amp; PARTNER, Rechtsanwälte und Urkundspersonen, Zürich und Pfäffikon/SZ</b>
427	26.05.2011	Glasmanufaktur Buttikon AG, Glashandel, Kantonsstrasse 41, 8863 Buttikon	434	21.01.2012	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf
428	23.06.2011	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz	435	23.02.2012	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz
429	25.08.2011	Lütze, Elektronik Elektrotechnik, Oststrasse 2, 8854 Siebnen	436	29.03.2012	Mythen Center Schwyz, Mythencenterstrasse 15, 6438 Ibach
430	29.09.2011	Mattig-Suter und Partner Schwyz, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6431 Schwyz	437	26.04.2012	A. Tschümperlin AG, Baustoffe, Oberneuhofstrasse 5, 6340 Baar
			438	24.05.2012	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach